

Buchbinder-Zeitung

Ersteinst Sonntag.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal erst Bestellgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 L.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierzeiliger Zeile 60 Pf.;
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Berama-
lungsanzeigen 20 Pf. Privat-
anzeigen sind der Betrag beizufügen.

Nr. 38.

Berlin, den 14. September 1913.

29. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Um die ausgeschriebene Stellung als **Bevollmächtigter der Zahlstelle Leipzig** haben sich sechs Kollegen beworben. Aus ihrer Mitte wurde der Kollege **Otto Wienick** in Berlin durch übereinstimmenden Beschluß des Verbandsvorstandes und Ausschusses für das benannte Amt gewählt.

Kollege Wienick wird seine neue Stellung zum 1. Oktober antreten.

2. Mit der 40. Beitragswoche, das ist die Woche vom 28. September bis 4. Oktober, kommen **neue Quittungsmarken** zur Einführung. Es sind von da ab, auch für die noch etwa vorhandenen Restwochen, nur die neuen Quittungsmarken zu lieben.

Um den mit den Staffengeschäften betrauten Funktionären die Arbeit unnötig zu erleichtern, ersuchen wir die Mitglieder, bis spätestens Sonnabend, den 21. September, die Beiträge bis einschließlich 39. Woche zu entrichten.

Die Vertrauensleute, Unter- und Werkstufenkassierer sind verpflichtet, bis spätestens den 27. September mit den alten Beitragsmarken abzurechnen und die neuen Marken in Empfang zu nehmen.

3. Das **Protokoll des Verbandstages** wird in der nächsten Woche zum Versand kommen. Der Preis desselben ist ebenso wie früher auf 20 Pf. festgesetzt. Unter Berücksichtigung ihrer Mitgliederzahl und des früheren Bedarfs werden wir allen Gau- und Ortsverwaltungen eine entsprechende Anzahl zukunden, die sie nach einem Beschluß des Verbandstages abnehmen und bezahlen müssen.

Zollten die Protokolle bis zum 22. d. M. irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir um diesbezügliche Mitteilung.

4. **Ausgeschlossen auf Grund des § 16 b des Statuts** wurde in Berlin der Buchbinder **Oskar Kretschmer** aus Merseburg (Buchnummer 90 213).

Der Verbandsvorstand.

Gefährdung des deutschen Bücherexportes durch den amerikanischen Bücherzoll.

Durch die Tagespresse ging vor wenigen Tagen die Mitteilung, daß von der amerikanischen Regierung geplant sei, auf deutsche Bücher einen Eingangszoll von 15 Proz. zu legen. Diese Mitteilung rief naturgemäß in den beteiligten Kreisen berechtigter Aufregung hervor, und selbst der Börsenverein deutscher Buchhändler hielt eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, gegen das von der amerikanischen Regierung geplante Vorgehen Stellung zu nehmen und die deutsche Regierung um schleunigste Intervention zu bitten.

Der Börsenverein beschäftigt sich — nach den Mitteilungen seines Vorsitzenden — schon seit langer Zeit mit der Entwicklung des amerikanischen Bücherzolles. Er hat Studienreisen unternommen, Prüfungen durch Sachverständige vornehmen lassen und anderes mehr. Die dem deutschen Bücherexport

drohenden Gefahren habe er zwar schon seit längerem gefürchtet, aber doch immer gehofft, daß die neue Vorlage Bestimmungen enthalten werde, die eine günstige Interpretation zulassen. Erst eine Zuschrift des bekannten Austauschprofessors Münsterberg und einige Abhandlungen der „New Yorker Staatszeitung“ haben die letzten Zweifel über die drohenden Gefahren beseitigt. Der Börsenverein habe eine Denkschrift ausgearbeitet, in der die Regierung aufgefordert wird, die notwendigen Schritte und eventuellen Gegenmaßnahmen gegen die Vorlage zu ergreifen.

Die eingangs wiedergegebene Meldung ist nun insofern richtigzustellen, als nicht nur deutsche Bücher mit dem Eingangszoll belegt werden sollen, sondern auch alle übrigen nichtenglischen. Die Geschichte des in Aussicht genommenen und mit Recht zu bekämpfenden amerikanischen Eingangszolles auf alle nichtenglischen Bücher ist recht einfach. Unter dem alten Zolltarif waren alle nichtenglischen Bücher frei, während die aus Großbritannien, Indien und Südafrika importierten mit 25 Proz. zu verzollen waren. Bei der Tarifrevision unter des neuen Präsidenten Wilsons Geschäftsjahre wurde dieser Zoll auf 15 Prozent herabgesetzt, und man glaubte, daß auch weiterhin die nichtenglischen Bücher frei bleiben würden, bis plötzlich die Phrase von der „Gleichheit vor dem Gesetz“ aufkante und ein besonders fündiger Senator erklärte, daß die nichtenglischen Bücher keinesfalls anderen Bestimmungen unterliegen könnten als die englischen. Das Klang wohl auch recht überzeugend, aber man übersah, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß der Zoll auf englische Bücher von Anfang an ein Schutzoll war, und auch heute noch ein Abwehrzoll, ja, ein Kampfzoll ist. Die nichtenglische Bücherindustrie in den Vereinigten Staaten brauchte und braucht aber nicht geschützt zu werden, aus dem einfachen Grund, weil es keine gibt.

Ein Zoll auf nichtenglische Bücher kann aber nur erhoben werden, wenn man, unbekümmert um die Mittel, dem Staatsfiskus neues Geld zuführen will, oder wenn man es den fremdsprachigen Einwohnern der Union immer schwerer machen will, mit ihrer Heimat jenen intellektuellen Kontakt zu erhalten, auf dem in letzter Linie die zukünftige Größe der Republik beruht. Denn darüber kann ja kein Zweifel sein, daß gerade der durch den fremdsprachigen Bürger immer wieder neu zugeführte Ideenreichtum es ist, welcher diesem großen Lande Zukunftsperspektiven eröffnet wie keinem anderen. Oder man will die einheimische Industrie schützen. Dieser letzte Grund ist hinfällig, da es in Amerika eine Produktion fremdsprachiger Bücher nicht gibt. Auch der erste Punkt wird sofort hinfällig, wenn wir hören, daß der Wert des Imports nichtenglischer Bücher seit sechs Jahren 6 Millionen Mark jährlich nicht überstiegen hat. Von diesen könnte also die Regierung unter dem geplanten neuen Tarif kaum 1 Million Mark profitieren; eine Summe, die sicherlich zu gering ist, als daß sie es lohnte, eine Anzahl von Existenzen zu vernichten und, was das Wichtigste ist, eine der schönsten, gerade in Amerika entstandenen Ideen, die „Austauschidee“, zu ironisieren und lächerlich zu machen. Hier wie drüben sind alle Kräfte emsig an der Arbeit, den intellektuellen Austausch zwischen den beiden Ländern so leicht und wirksam zu gestalten wie nur möglich. Duzende von Professoren, Hunderte von Aisten wissenschaftlicher Lite-

ratur gehen hinüber und herüber. Alle Universitäten, gelehrte Gesellschaften, Schulen und Wohlfahrtsvereinigungen profitieren hüben und drüben von diesem wissenschaftlichen Idealismus. Der einzelne Gelehrte aber mit seinen bescheidenen Mitteln soll in Zukunft die ohnehin teureren wissenschaftlichen Werte noch teurer bezahlen, weil ein Senator eine verschrobene Ansicht von „Gleichheit vor dem Gesetz“ hat. — Aber nicht nur der einzelne Gelehrte! Das ganze große Publikum, das sich für deutsche Literatur in immer steigendem Maße interessiert, wird durch den neuen Zollanschlag geschädigt. Seit Jahrzehnten lassen sich die „ausländischen Buchhandlungen“ in Amerika die meisten Werke in Kommission kommen. Sie liegen dann in den Buchläden zur Verächtigung auf und finden Käufer. Finden sie aber keine, können sie mit geringen Kosten wieder zurückgeschickt werden. Wenn nun die ohnehin nicht sehr kapitalkräftigen deutschen Buchhändler drüben für jedes Werk 15 Proz. Zoll zu zahlen haben, werden sie, ja müssen sie auf das Kommissionsgeschäft gänzlich verzichten. — In noch weit höherem Maße aber trifft die Maßregel unsere Kollegenenschaft, die mit Arbeiten für den Export nach Amerika beschäftigt wird. Kein Land, abgesehen von Spanien und zwei südamerikanischen Staaten, die für den Buchhandel kaum in Betracht kommen, hat diesen Einfuhrzoll, und selbst zu einer Zeit, in der man unter McKinleys Präsidentschaft die höchsten Schutzzölle eingeführt hat, in demselben Jahre 1892 schaffte man den schon eingeführten Buchzoll wieder ab. Das Gesetz ist wohl noch nicht angenommen und man hat seine Annahme bis zur endgültigen Beratung und Beschlußfassung in der sogenannten Konferenz (zwischen Senat und Vizepräsidentenhaus) abzuwarten.

Daß alle Welt gegen eine solche Zollbelastung Stellung nehmen muß, zeigt das Beispiel der Berliner „Amerikanischen Vereinigung für Handel und Arbeit“, die bei der amerikanischen Tarifkommission gegen deren Entschluß, einen 15prozentigen Zoll auf eingeführte Bücher in ausländischen Sprachen zu erheben, Einspruch erhoben hat. Die Vereinigung ist der Ansicht, daß ein derartiger Zoll ganz entschieden gegen die Bildungsbestrebungen des amerikanischen Volkes verstößt.

Die Absicht, auf ausländische Bücher einen 15-prozentigen Zoll zu legen, hat sowohl bei den Deutschen und sonstigen Ausländern Amerikas, die dadurch ihre geistige Verbindung mit der alten Heimat eingeengt sehen, als auch in den Kreisen des Exportbuchhandels den peinlichsten Eindruck gemacht. Die Einwände, die gegen den Plan erhoben wurden, sind nicht unbeachtet geblieben, und der wirksamste unter ihnen war vielleicht der Nachweis, daß der Bücherzoll dem Staatsfiskus überhaupt nur eine Einnahme von vielleicht einer Million Mark zuführen würde. Einer allerdings offiziell noch nicht bestätigten Meldung zufolge soll die den neuen Zoll festsetzende Klausel bereits wieder gestrichen sein. Die „Storr. Piper“ verbreitet die folgende Mitteilung:

„Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist der so viel angegriffene amerikanische Bücherimportzoll von 15 Proz. heute wieder gestrichen worden.“

Die amtliche Festätigung dieser sehr erfreulichen Nachricht bleibt, wie gesagt, noch abzuwarten; wenn sie zukünftig, wird kaum noch mit der Gefahr zu rechnen sein, daß die Klausel in einem späteren Stadium der Beratungen wiederhergestellt wird.

Das „Berliner Tageblatt“ vom 9. September berichtet, daß der vor einigen Wochen bei den Parlamentsberatungen in Washington beschlossene 10prozentige Zoll auf deutsche Bücher wieder fallen gelassen werden soll. Diese Mitteilung wird durch eine Kabeldepesche bestätigt, die dem Vorsitzenden des Leipziger Buchhändlerbörsevereins zugegangen ist. Dieser teilt darüber mit:

Bücher und Druckschriften, die überwiegend in anderer als englischer Sprache gedruckt sind, bleiben in den Vereinigten Staaten von Amerika nach der nunmehr von der Finanzkommission des Senats getroffenen Entscheidung zollfrei. Die ursprüngliche Fassung der Ziffer 434 der Freiliste des Tarifentwurfs wurde von dem Senatkomitee am 4. September wiederhergestellt.

Damit wären dann die drohenden Gefahren einer Einschränkung des Buchexportes nach Amerika beseitigt.

Aus unserem Beruf.

Deutsche Bücher im Ausland.

A. C. Die Menge der deutschen Bücher, welche auf dem Auslandsmarkt abgesetzt werden, geht ständig zurück. Während nämlich der Export deutscher Bücher in den Monaten Januar bis Juli des laufenden Jahres 79 986 Doppelzentner betrug gegen 70 859 Doppelzentner in der Vergleichszeit des Vorjahres, wurde während der Jahre 1907 bis 1912 an deutschen Büchern insgesamt ausgeführt:

Menge in Doppelzentnern	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Wert in RM.	137 811	135 825	132 082	133 383	132 687	131 735
Wozu	48,77	50,72	51,17	51,02	51,40	54,02

Infolge der Verteuerung des Buchdruckes ist der Wert der ausgeführten Bücher erheblich gestiegen, ihre Menge jedoch gefallen. Trotzdem dieser Rückgang im laufenden Jahre unterbrochen wurde, dürfte schon aus dem Grunde auf eine Hebung des deutschen Exportbuchhandels wenig zu rechnen sein, weil die Vereinigten Staaten der Einfuhr deutscher Bücher neuerdings Schwierigkeiten bereiten. (Siehe den vorstehenden Artikel.) Die Vereinigten Staaten führten in den Monaten Januar bis Juli 1913 5043 Doppelzentner deutscher Bücher ein gegen 6484 Doppelzentner in der Vergleichszeit des Vorjahres.

Eine neue Unternehmerorganisation.

Am 31. August wurde in Weimar ein Landesverband selbständiger Buchbinder und Papierhändler im Großherzogtum Sachsen gegründet. Diese Gründung war schon seit längerer Zeit geplant, obwohl die hierbei in Betracht kommenden Meister bereits im Landesverband der Thüringer Buchbinder zusammengeschlossen waren. Wie berichtet wird, ist dieser Landesverband ein totgeborenes Kind gewesen, da verschiedene der

thüringischen Herzogtümer ihre Mitwirkung versagten oder nach kurzer Mitgliedschaft wieder auswichen. Der jetzt neu gegründete Verband schloß sich dem Bund Deutscher Buchbinderinnungen an.

Damensport.

Wie die „Zeitschrift“ berichtet, haben in Hamburg vier junge Damen eine Buchbinderei eingerichtet, in der sie nach halbjährigem Besuchen bereits zwei Gehilfen beschäftigen. Alle vier haben die Gesellenprüfung und zwei von ihnen — eine Gräfin v. Stalbreuth und ein Fräulein Grimm — auch die Meisterprüfung bestanden.

Internationale Buchgewerbe-Ausstellung Leipzig 1914.

Von der Ausstellungsleitung wird uns geschrieben:

Seit Jahrzehnten hat Deutschland keine Welt-Ausstellung gesehen, an der sich die fremden Nationen in so einmütiger und zugleich großangelegter Weise beteiligen, wie bei der internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Bis jetzt haben Frankreich, Oesterreich, Italien, Portugal, die Schweiz, die Türkei und Holland ihre offizielle Beteiligung angemeldet, ebenso werden Ungarn, Spanien, Belgien, England, Dänemark, Schweden, Norwegen und Rußland nicht fehlen. Selbst mit außereuropäischen Staaten wie Indien, China, Japan und Südamerika, die gerade auf dem Gebiet des Druck-, Schreib- und Papierwesens so viele Schönheiten und Kostbarkeiten aufzuweisen haben, schweben ausföhrliche Verhandlungen. Eine Anzahl dieser Staaten wird umfangreiche Sonderpavillons errichten, wozu von den einzelnen Regierungen hohe Summen ausgeworfen worden sind. Den höchsten Gewinn aber hat von dieser großen Beteiligung des Auslandes neben dem Aussteller selbst, der seine Produkte der ganzen Welt darbietet, das Publikum, der Besucher der Ausstellung. Das Bildungswesen der ganzen Welt wird vor ihm erbleichen und die geistige Kultur der Menschheit wird sich gleichsam in einem lebendigen Wilde vor ihm aufrollen, wie es großer, anschaulicher und eindrucksvoller noch nie zuvor gesehen wurde.

Ausstellung seltener Drucke und Bücher.

Aus ihren reichen Archibehänden hat die Stadtbibliothek in Frankfurt a. M. seit einigen Tagen eine Ausstellung überaus kostbarer Handschriften, Bucheinbände, Kunst- und Druckblätter und bildlicher Darstellungen geschichtlicher Szenen veranstaltet. Der älteste Bucheinband stammt aus dem 9. Jahrhundert, er ist mit schweren Eisenbeinreliefs belegt. Das 14. Jahrhundert ist mit einer vergoldeten Metalltafel vertreten. Schöne Arbeiten sind dann ein Lederband aus dem Jahre 1412 und ein gepreßter Lederband mit Pergament im Stil Ludwigs XIII. Reicher ist die Abteilung der historischen Darstellungen, naturgemäß am reichhaltigsten sind die Kunstblätter und Kunstdrucke vertreten, vorwiegend Holz-

schnittoriginale und Kupferstiche. Das Glanzstück ist Dürers „Große Passion“ aus dem Jahre 1511, ein bis heute unerreichtes Meisterwerk. Der Nürnberger Kupferstecher ist mit mehreren großen Folianten ausgezeichneter Größe vertreten, ebenso durch einen Goldschnitt. Während Nürnberg durch seine graphischen Arbeiten brilliert, führt eine Fülle vorzüglicher Drucke in die Mainzer Werstätten eines Gutenberg und Schöffer hinein. Auf sein getöntem gelbem Pergament leuchten die ersten mit Metallern gedruckten Faltblätter, Messbücher, Einzelblätter usw. in einer Schönheit, aus der die moderne Buchdruckerkunst noch immer Anregung und Belehrung schöpfen kann.

Zweierlei Recht.

II.

Nahezu täglich lesen wir in der Tagespresse Urteile, die mit unserem Rechtsempfinden in schroffem Gegensatz stehen; sei es, daß wir ein Urteil im Hinblick auf die Delikte, die zur Aburteilung standen, für zu milde fanden oder daß uns die Härte des Urteils, die Höhe der Strafen in helle Empörung versetzte. Gewiß, die Rechtssprechung wird es nicht jedem recht machen können, aber es steht immerhin schlecht um das Ansehen der Rechtssprechung, wenn sie in einem großen Teil der Bevölkerung das Empfinden auslöst, daß ihre Urteilsfindung das Rechtsempfinden ganzer Schichten der Bevölkerung verfehlt und nicht selten der starke Unwille durch das Hineinfügen politischer und wirtschaftlicher Streitfragen gesteigert wird. Kaum zu einer Zeit als gemühtig trat diese Erscheinung der Rechtssprechung so unangenehm hervor. Nicht in jedem Urteil, aber doch in so vielen, daß man den Eindruck nicht los wird, die erregten politischen und wirtschaftlichen Kämpfe werfen ihre Aufregung und Parteilichkeit lieber recht oft auch in den Gerichtssaal hinein. Der Richter soll über den Parteien stehen, nicht die Vergehen des einfachen Mannes anders beurteilen als die des Hochstehenden. Er soll das Ehrgefühl des einen so bewerten als das des anderen, auch wenn soziale Rangstufen im wüsten Treiben des kapitalistischen Betriebes eine Trennung vorgenommen haben; die Missetat, die in einem Verbrechen zum Ausdruck kommt, ist gleich demerkslich, ob Herr oder Knecht sie auf sein Schuldkonto ladet. Aber wir werden irre an diesen Grundfragen einer vorurteilsfreien Justiz, wenn wir manche der Vorgänge aus der Arbeiterbewegung Revue passieren lassen.

Einen solchen Rückblick auf das Walten unserer Justiz hat Erich Kuttner in seiner Schrift, betitelt „Massenjustiz“, unternommen. Der Verfasser

*) „Massenjustiz“. Von Erich Kuttner. Verlag: Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 M.

Wunderliche Lebensläufe.

Septimus und Säuberlich.

Von R. Schnitzer.

Erst in unseren Tagen hat sich die Geschichte ereignet, die ich hier erzählen will. Aber trotzdem sie nicht der ruhmvollen Vergangenheit Drillsdau angehört, scheint sie mir doch ein köstliches jener köstlichen Arbeit zu enthalten, die dort zu Zeiten unserer Vorfäter zum blühenden Baume gediehen war: damals, als jeder Bürger der Stadt noch ein ganzer Mann gewesen, tüchtig im Kern, im besondern jedoch anderen Wesens als sein Nachbar, jeder ein Mensch für sich, mit einem nur ihm selbst eigentümlichen Stuch ins Wunderliche.

Doch ich will mich nicht in wehmütige Betrachtungen verlieren, die meine lieben Landsleute nicht mehr verziehen und über die sie wahrcheinlich die Nase rümpfen werden. Denn sie sind recht altklug geworden seit damals und das gesunde kräftige Lachen von einst gilt den nachwachsenden Geschlechtern vielleicht für unfein. Besonders seitdem sie so eine Art Kasino oder Leseverein haben, in dem sie, wenn nicht gerade über die Geschichte der Welt entscheiden oder „polnische Pant“ gespielt oder der Namensstag eines der fünfzehn Ausschußmänner gefeiert wird, Debatten führen über das, was als schädlich oder unschädlich anzusehen sei in der guten, bürgerlichen Gesellschaft von Drillsdau.

Was aber den einen handelnden Felden dieser wahrhaftigen Begebenheit anbelangt, nämlich Herrn Michel Septimus, so muß gesagt und ausdrücklich hervorgehoben werden, daß er kein Mitglied jenes Kasinos war, wiewohl er, gleich den anderen zweitausenddreihundertundfünfzig unsterblichen Seelen der Stadtbewohner — das behauptete er selbst,

und zwar mit grimmigem Hohn auf seinen ehemaligen Freund und Kompagnon Josef Säuberlich, der diesen Ausdruck gebraucht hatte — unbedingt zu den „oberen Zehntausend“ von Drillsdau gehören mußte, für die die Porten des Lesevereins offen standen. Da man ihn doch nicht in ein folgendes Tausend einreihen könne, weil keines aufzutreiben wäre, meinte er. Es sei denn, man hätte sich's extra irgend woher verschrieben. Und immer, wenn Herr Septimus davon sprach, fügte er mit einem nicht ganz unbefangenen Lächeln hinzu, daß er auf dieses Kasino mit samt seinem früheren Freunde pfeife. Aber wiewohl er so gut pfeifen konnte wie einer, piff er in Wirklichkeit doch nicht, denn die Galle regte sich in ihm und sein Blut begann zu kochen. Die kräftigen Zähne preßten sich knirschend aufeinander, daß die Wangenknochen in dem leidenschaftlich bewegten Gesichte scharf hervortraten und in die Augen kam ein Glimmen wie von Zorn und Haß. Sonst gutmütig und einem kleinen Scherz nicht abgeneigt, verstand er in diesem Punkte gar keinen Spaß; die bloße Erwähnung des Kasinos brachte ihn außer sich und verdrück ihm seinen besten Tag, wenn er sich auch bemähte, seinen Groll hinter hohem Sport zu verbergen. Aber der regte ihn in weit höherem Grade auf, als er seine Zuhörer, je nach ihrer Parteilichkeit, verdroß oder belustigte. Denn es war im Grunde genommen nur so, als wüble er in einer schmerzhaften geheimen Wunde. Die aber wurde ihm und seiner Familie an dem Tage zugefügt, an dem man seinen Kompagnon Säuberlich eingeladen hatte, sich an der Gründung des Lesevereins zu beteiligen, während er selbst in auffallender Weise übergegangen worden war.

Nun wäre ihm wohl die ganze Sache nicht nahegegangen, da er durchaus kein Interesse für detartige

Dinge besaß, wenn Frau Susanne Säuberlich seiner Frau gegenüber nicht plötzlich ein etwas hochfahrendes Wesen angenommen und begonnen hätte, allerlei spitze Bemerkungen fallen zu lassen, die geeignet waren, die gesamte Familie Septimus zu kränken und herunterzusetzen. Die kleinen Plänkchen wurden anfangs nur im ersten Stockwerk des Hauses, das den Kompagnons gemeinschaftlich gehörte, zwischen den Frauen allein geführt. Allmählich aber nahmen sie an Schärfe und Ausdehnung so sehr zu, daß sie schließlich doch ins Erdgeschloß drangen, wo die ausgedehnten Geschäftsräumlichkeiten, Schreibtische, Magazine, Weizen-, Hafer- und Gerstemasazine, sich befanden. Dort kam es endlich zu einem ernsten Zusammenstoß, bei dem sich die Männer für die Verleumdungen ihrer Damen verantwortlich machten und auch erklärten, diese Verantwortung mit gutem Gewissen übernehmen zu wollen. Bei dieser Gelegenheit gelangte Verchiedenes zur Sprache, was keineswegs danach angetan war, den für Haus und Geschäft so notwendigen Frieden herbeizuführen. Septimus betraf sich, indem er seine kleine schmächtige Gestalt auf die Beine erhob und zu dem ein wenig beleibten, anscheinend ruhig und in diplomatischer Pose dastehenden Säuberlich emporstrebte, auf das hohe Alter seiner eingeborenen Familie, die bereits zu einer Zeit in Ansehen stand, als man in Drillsdau von dem Dasein der Säuberlichs noch gar nichts gewußt habe. Seines Freundes Vater wäre ja doch nur ein hergelaufener Junge gewesen, gerade dazu gut, mit der sitzgebliebenen Tochter eines vornehmen Bürgers verheiratet zu werden. Von dieser seiner Mutter eben habe er die Hochmütigkeit, von seiner eigenen Frau die lächerliche Vornehmerei und Hoffart und von seinem Vater Adam Säuberlich das glatte kriecherische Wesen, wie es nötig sei

schilbert, wie aus dem Klassencharakter des heutigen Staates auch die Rechtsprechung beeinflusst werden muß. Der Klassencharakter unserer Gesetze mütet uns im heutigen Klassenstaate als etwas beinahe so Selbstverständliches an, daß wir ihn kaum noch im Auge haben, wenn wir gemeinhin von „Klassenjustiz“ reden. Er entfällt ja auch nicht auf das Konto unjurer Justiz, denn die Gesetze werden nicht von Juristen gemacht, sondern von Regierungen und Volksvertretungen, in denen heute zumeist noch die Vertreter der oberen Klassen ausschlaggebend sind.

Aber die Statuierung von Gesetzen ist nur die eine Seite der Rechtspflege. Sind die Gesetze festgesetzt, so bleibt noch die wichtigste Aufgabe ihrer Auslegung und Anwendung auf den Einzelfall. Zu diesem Zweck fungieren unsere Gerichte, die somit ein wichtiges Glied im Staatsorganismus darstellen. Ihre Freiheit und Bedeutung für die Rechtspflege ist größer, als auf den ersten Blick scheinen möchte. Freilich ist der Richter an das Gesetz gebunden, aber wer einmal praktisch versucht hat, die abstrakten Gesetzesregeln auf den konkreteren Einzelfall anzuwenden, der weiß, wie viele Auslegungsmöglichkeiten gegeben sind. Es ist ja der Witz sprichwörtlich geworden, daß zwei Juristen, die man über denselben Fall befragt, drei verschiedene Ansichten äußern. Es kommt hinzu, daß unser ganzes Recht durchsetzt ist mit Hinweisen auf „Treu und Glauben“, die „guten Sitten“, die „Verkehrssitte“ usw., Begriffe, die im Einzelfall natürlich ganz verschieden ausgelegt werden.

Die Freiheit des Richters kann dazu führen, daß die Rechtsprechung noch über das hinausgeht, was die Gesetzgebung wollte, daß auch sie zu einem Werkzeug der Bedrückung und Ausbeutung wird. Erst wenn auch der zweite Teil der Rechtspflege, die Rechtsprechung, sich gegen die untern Klassen wendet, können wir eigentlich von Klassenjustiz reden. Das heißt nicht etwa, daß der Richter im Interesse der kapitalistischen Klasse wesentlich das Recht beugt. Solche Fälle mögen vielleicht hier und da vorkommen; sie sind aber einmal nicht zu erwarten, solange man nicht in die Brust eines jeden Richters hineinschauen kann, sodann aber bilden sie auch nicht das wesentliche Merkmal für den Begriff der Klassenjustiz. Tatsächlich behaupten wir deshalb auch nicht das Vorhandensein einer wesentlichen Rechtsbeugung. Denn Klassenjustiz entsteht allein schon dann, wenn der Richter in den Vorstellungskreisen und Moralschauungen der herrschenden Klasse — der er meist selbst entstammt — so befangen ist, daß er in dem Glauben, Recht im allgemeinsten Sinne zu sprechen, tatsächlich nur das Interesse jener herrschenden Klasse vertritt. Es handelt sich also nicht um einen Charakterfehler des Richters, sondern um einen Mangel im Denken,

an dem der einzelne schuldlos sein mag, dessen Ursachen jedenfalls in den heutigen materiellen Verhältnissen begründet liegen. Ein Richter z. B., der in einem Streikbrecher die Blüte der Kultur sieht, mag dies im besten Glauben tun; er gehört eben zur herrschenden Klasse, und es ist eine menschliche Schwäche, alles, was einem nützt, in idealisierendem Lichte zu sehen. Und der Richter ist auch nur Mensch. Es ist also ganz sinnlos, wenn bürgerliche Kreise getern, das Wort „Klassenjustiz“ enthielte eine schwere Beleidigung des Richterstandes. Man kann es freilich einem Klassenurteil von außen nicht ansehen, ob die Richter, die es fällen, bewußt oder unbewußt im Geiste der herrschenden Klasse judiziert haben. Aber wir sind noch in jedem Falle loyal genug gewesen, bis zum Beweise des Gegenteils unseren Richtern den guten Glauben zuzuerkennen.

Ja, aus richterlichen Kreisen selber ist uns die Existenz der Klassenjustiz bestätigt worden. Man lese folgenden Ausspruch eines hochgestellten Richters:

„Da die böse Sozialdemokratie nun einmal nicht mehr in der Zwangsjacke eines drakonischen Ausnahmeregimes steht, muß das gemeine Recht die erforderlichen Handhaben der gewünschten Fesselung darbieten. Und da das gemeine Strafrecht mit seinen Normen nun einmal nicht darauf zugeschnitten ist, speziell gegen die Sozialdemokratie Waffen herzugeben, muß man diese Normen fein säuberlich durch juristisches Dehnen und Pressen für den Zweck zurechtrenken. Noch haben wir, die Vertreter heutiger Staats- und Gesellschaftsordnung, die richterliche Gewalt in Händen; machen wir davon rücksichtslos Gebrauch gegen die Todfeinde unseres Staates und unserer Gesellschaft, ehe die soziale Revolution uns ans Messer liefert! So etwa denken die Bewußtseinen, und die übrigen werden hongré malgré (wohl oder übel) folgen.“

So schrieb im Jahre 1898 in der Gardenischen „Zukunft“ der Reichsgerichtsrat Mittelstädt. Damit hat einer der höchsten Richter des Deutschen Reiches Wesen und Existenz der Klassenjustiz mit rückhaltloser Schärfe bejätigt.

Mit welchen Augen nach ihrer äußeren und inneren Entwicklung das Gros unseres Richterstandes auf die moderne Arbeiterbewegung sehen mag, kann kaum zweifelhaft sein. Den besten Beweis für mangelndes soziales Verständnis bilden natürlich die von diesen Richtern gefällten Urteile. Aber ehe wir auf diese kommen, erst eine Klitterlese markanter Einzelaussprüche:

Der Arbeiter Hollmann, der den Kassierer des Konsumvereins „Vorwärts“ in Breslau durch ein Flugblatt gröblich beleidigt, wird in erster Instanz

freigesprochen mit der Begründung, „daß Beleidigungen unter Sozialdemokraten so üblich sind“.

Der Landgerichtsdirektor Suchsland in Raumburg sagte seine soziale Weisheit mit den Worten zusammen: „Ein Diebstahl ist nicht so schlimm, wie wenn ein Arbeiter den andern von ehrllicher Arbeit abzuhalten sucht.“ (Dezember 1911.)

Amtsgerichtsrat Lottermoser-Dresden meint: „Der Richter steht zum Angeklagten wie der Offizier zum Untergebenen.“ (November 1911.)

Auf tiefes Verständnis für die soziale Lage der arbeitenden Klassen läßt es schließen, wenn Amtsgerichtsrat Grüner-Chemnitz bei einem sonst anständig gekleideten Arbeiter bemängelt, daß dieser keinen weißen Stehragen, sondern nur einen ungelegten Hemdenragen trage! (Mai 1910.) — Solche Fälle sind übrigens vor Gericht nichts Seltenes.

Nach diesen Proben „objektiver“ Gesinnung gegenüber Angeklagten aus dem Arbeiterstande einige Gegenüberstellungen richterlicher Entscheidungen, die uns zeigen, wie oftmals ein und dieselbe Tat recht verschieden bewertet werden kann, je nach der Stellung des Angeklagten.

Vor dem Schöffengericht Leipzig erhielten

ein Student, der einen ein Streikposten, der einen Schutzmann ein Schwein nennt — 15 Mk. Geldstrafe. ein Arbeitswilligen ein Schwein nennt — eine Woche Gefängnis.

Vom Landgericht Chemnitz erhielten

der Student des Lehrinstituts Mittweida, zwei Arbeiter, die in der Frankfurter Rosenstraße, der an Obstbäumen Vandalismus begeht, 1030 Mk. Geldstrafe (Oktober 1910). der Frankfurter Rosenstädtchen herausgerissen hatten, je acht Monate Gefängnis.

Interessant ist auch die Gegenüberstellung der Bewertung folgender Straftaten:

Der Schuhmachergeselle Haber, Dresden, bezog Armenunterstützung, stand aber verschiedentlich noch in der Wählerliste. Infolgedessen übte er in der Haupt- und Stichwahl bei den Reichstagswahlen 1912 das Wahlrecht aus. Das Landgericht Dresden verurteilt ihn zu fünf Monaten Gefängnis und drei Jahren Erberluft. (April 1912.) Zur gleichen Zeit spricht das Landgericht Würzburg einen Ingenieure frei, der für eine andere Person einen Stimmzettel abgegeben hatte, weil er bei der Nachsichtprüfung seines Tuns nicht bewußt gewesen sei.

Besondere Milde vor Gericht finden vielfach exzuberierende Studenten. Der Richter ist ja selbst einmal Student gewesen — und wer wird überhaupt etwas Jugendübermut tragisch nehmen!

für so ein Kasino, wo er nach Herzenslust um den Bürgermeister, den Bezirksrichter, Adjunkten, Assistenten und alle übrigen herumherumwogeln könne. . . . Und es sei charakteristisch, daß er bei all seiner Aufgelassenheit als ein „Ausschub“ durch die Welt stolziere müsse. . . . Was dagegen ihn, Michel Septimus, betreffe, so brauche er nicht ein Wort über sich zu verlieren, man hätte seinen Großvater und Vater gekannt und man wisse ganz gut, wer er sei und wer seine Frau sei und wer seine Tochter sei. . . .

Das wisse man in der Tat, unterbrach ihn endlich Herr Josef Säuberlich mit jener Würde und jenem maßvollen Sprechergehwicht, das Leuten eigentümlich ist, die öffentliche Reden zu halten gewohnt sind. Das wisse man: sein Kompanion sei genau so ein Widersprecher, Rechtshaber, Aufrechter und Demotrat, wie sein Vater gewesen. . . . So ein Kadibaler, der alle, die über ihm hinstünden, mit Feuer und Schwert ausröten möchte. . . . Dem die friedliche Ruhe der Vornehmendenden ein Greuel sei. . . . Und der, mit einem Worte, nicht zu jenen „oberen Zehntausend“ gehöre, für die im Kasino ein Vereinigungspunkt geschaffen sei. Er selbst wäre stolz darauf, sich von seinen Mitbürgern in so schmeichelhafter Weise geehrt zu sehen. . . . Und das könne eben nicht jedermann von sich sagen. Bei diesen Worten brach Septimus in ein kraupfahres Lachen aus. Er hätte gern etwas erwidert, aber seine Kehle war wie zusammengeknürrt, so daß er nur einige schrille Töne hervorpressen konnte, die indes seine ohnmächtige Wut genugsam zum Ausdruck brachten. Infolgedessen entfiel auch die wohlvorbereitete Replik Säuberlichs, in dessen bis auf ein kurzes Badenbärtchen rasiertem Gesicht ein Lächeln der Befriedigung erschien.

Es wurde also wieder still in der Schreibstube, aber es war nur die Ruhe vor dem Sturm. Denn

seit dieser Stunde schwoh von beiden Seiten die Erbitterung derart an, daß ein neuerlicher und noch bestiger Zusammenstoß bald erfolgen mußte. Die Veranlassung hierzu ließ nicht lange auf sich warten.

Frau Säuberlich hatte nämlich zur Feier ihres Geburtstages einen großartigen Empfang aller Kasinomitglieder und deren Damen veranstaltet. Tags darauf erklärte Septimus, er dürfe nicht, daß die ihm gebührende Treppe des Hauses von den „oberen Zehntausend“ abgetreten und ruinert werde und daß er sich das Klaviergehelle und Stampfen bis tief in die Nacht hinein entschieden verbitten müsse. Er sagte das, ohne von seinem Geschäftsbuch aufzusehen und nicht in direkter Anrede, sondern indem er sich an den verlegten dreinschauenden Buchhalter wandte und diesen höflich bat, das Mitgeteilte „ihm“ — Herrn Säuberlich nämlich, der seinem Geschäftsteilhaber gegenüberstand und sich eben in die Verläre der eingelaufenen Briefschaften vertieft hatte, — sofort auszurichten. Darauf verschwand Säuberlichs sorgfältig geschütteltes, ein bißchen glattes Haupt hinter einem Briefblatt und von dorthin ließ sich seine gereizte Stimme — der Buchhalter hatte verständigerweise das Wort gar nicht ergriffen — folgendermaßen vernehmen: „Sagen Sie „ihm“, bitte, daß seine Treppe mit m e i n e n Teppichen belegt war und daß ihn das schöne Klavierpiel meiner Frau nichts angehe. Das wäre doch Navar fürs Volt.“

Der Buchhalter blickte seinen Chef wie dumm an, riß den Mund auf und drehte sich nach dem zweiten Chef um. Septimus war eine Wutwelle zu Kopf gestiegen.

„Sagen Sie „ihm“,“ schrie er, auf seinem Sessel hin- und herrutschend, „sagen Sie „ihm“, daß er seine Teppiche über die hocharistokratischen Strahlenpfeifen breiten solle, die sich vor dem Hause des

Bürgermeisters befinden. . . . Auf meiner Treppe haben sie nichts zu suchen, keine noblen Teppiche. Meine Treppe hat sich nicht zu schämen vor seinen „Zehntausend“, daß er sie bedecken muß mit dem abgeschossenen Pflumber. Sind auch „Ausschub“, seine Teppiche!“

Säuberlich sprang auf, ebenso Septimus und jeder sah, blutrot im Gesicht vor Grimm, eine Schulter des Buchhalters.

„Sagen Sie „ihm“,“ kreischte der Würdige, seine Haltung verliern, „daß ich es satt habe, mit ihm zu verkehren —“

„Sagen Sie dem Narren“, unterbrach Septimus brüllend, „daß ich ihm meinen Vertrag kündige. Ich brauche keinen —“

Der Buchhalter schnappte nach Luft, schnellte von seinem Sitz auf und machte sich los.

„Vielleicht sagen sich das die Herren selber,“ rief er mit weinerlicher Stimme, indem er zur Tür eilte, sie aufriß und, sich den Kopf haltend, eiligst verschwand.

Eine Weile standen sich die beiden, Aug' in Auge gehöhrt, schweigend gegenüber, dann aber begannen sie „sich's zu sagen“ und zwar so gründlich, daß sie im Verlaufe ihrer Auseinandersetzung erklärten, sie brauchten sich nur anzusehen, um eine brennende Luft zu empfinden, aufeinander loszutreten. . . . Am Ende kamen sie überein, ganz auseinanderzugehen. Da aber keiner dem anderen seinen Hausanteil käuflich überlassen wollte, damit man nicht sage, er habe nachgegeben, so wurde vereinbart, daß Säuberlich eine Mauer zwischen den beiden Anteilen aufzuführen und für sich eine zweite Treppe bauen lassen müsse. Fernerhin aber sollte keine wie immer geartete Gemeinschaft zwischen ihnen sein.

(Fortsetzung folgt.)

Mit solchen und ähnlichen Argumenten verteidigte z. B. der freikonservative Abgeordnete Barenhorst die Urteile gegen die Bonner Brüsseln im Reichstag (21. Februar 1911). Er nannte die schweren Erträge im Falle Beith einen harmlosen Wadenzauber und sprach von einem „Recht auf Wagnigung“, das solche Studenten hätten.

Dabei aber handelt es sich meist gar nicht um harmlose Scherze, sondern um ebenso geistlose wie brutale Mobeiten, deren sich gerade ein Jünger der Wissenschaft schämen sollte. Aber unsere Concurstudenzen scheinen geradezu ein Privilegium auf Exzesse zu genießen. Ein paar jugendliche Arbeiter sollten einmal dieselben Taten verüben — und das bürgerliche Publikum würde sich gar nicht genug entrüsten können über diese „Mohlinge“. Bei feinesgleichen aber findet es alles schön.

Bericht vom Gautag des Gau 10.

Abgehalten am 24. August in Dortmund.

Der Gautag wurde durch den Gauleiter Groenhoff-Elberfeld mit einer Begrüßung eröffnet. Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht des Gauvorstandes. Referent Groenhoff-Elberfeld.
2. Die Beschlüsse des Verbandstages. Referent Element-Dortmund.
3. Agitation und Lohnbewegung.
4. Anträge.
5. Verschiedenes.

Zur Leitung des Gautages wurde folgendes Bureau gewählt: 1. Vorsitzender Schaab-Elberfeld; 2. Vorsitzender Ernst-Düsseldorf; Schriftführer Dechant-Köln und Ernst-Dortmund; Führer der Mednerliste Meyer-Krefeld. Die Meddegeit der Diskussionsredner wurde auf 15 Minuten beschränkt.

Hierauf weist der Vorsitzende auf den Tod des Genossen Vebel hin, der sein ganzes Leben der Arbeiterbewegung gewidmet habe und uns allen ein leuchtendes Vorbild sei. Durch Erheben von den Sitzen wurde das Gedächtnis des Verstorbenen geehrt.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission ist der Gauvorstand vollzählig vertreten. Außerdem sind von sämtlichen Zahlstellen des Gau 10, mit Ausnahme der Zahlstelle Koblenz, Delegierte entsandt, insgesamt 33, darunter eine Kollegin aus Elberfeld. Ferner war die Einzelmitgliederschafft Gummersbach vertreten.

Zu Punkt 1 gibt Groenhoff einen umfassenden Bericht über seine Tätigkeit in den 3 Jahren 1910—1912 und belegt durch ein umfangreiches Zahlenmaterial, daß es an Mühe und Arbeit im Dienste der Organisation nicht gefehlt hat. An 795 Veranstaltungen mußte der Gauleiter teilnehmen. Vor allen Dingen nahmen die Lohnbewegungen, die im Interesse der Mitglieder geführt wurden, einen breiten Raum der Tätigkeit ein. Auch die sehr umfangreiche Korrespondenz wurde vorgeführt. Daß es an Agitation im Gau nicht gemangelt hat, geht aus den Zahlen hervor, die Groenhoff in bezug auf die Mitgliederbewegung im Gau zusammengestellt hatte. Wurden doch in den Jahren 1910 bis 2. Quartal 1913 1418 männliche und 899 weibliche Mitglieder aufgenommen. Leider ist auch in unserem Gau die Fluktuation noch eine ungeheuer große, so daß noch weit mehr Gewicht auf die Erhaltung und Ausbildung der Mitglieder gelegt werden muß, wie auf die Agitation selber. Denn der großen Zahl der Neuaufnahmen gegenüber ist nur eine Zunahme an Mitgliedern von 458 in dem angegebenen Zeitraum entgegenzuziehen. Groenhoff wies deswegen denn auch darauf hin, daß in den Orten, wo die Verwaltung eine gute sei, auch die Mitgliederzahl eine zwar langsame, aber doch stetig steigende Tendenz aufweise. Er streifte auch das Hausstättenerwesen, das zwar kein Ideal sei, weil es die Mitglieder noch mehr in ihrer Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit fesselt, ohne dem aber die großen Zahlstellen kaum mehr auskommen können, wollen sie nicht mit sehr schmerzlichen Mitgliederverlusten rechnen. Vor allem komme es aber darauf an, die Mitglieder auf die wirklichen Gewerkschaftlern zu erziehen, welche die Gewerkschaften nicht nur vom materiellen Standpunkt aus ansehen und nur danach fragen, was es für Unterstützung gibt, sondern die auch die hohe kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften verstehen. Nur solche Mitglieder sind sicherer Beistand der Gewerkschaften. Auf sie kann man sich in der Stunde der Gefahr verlassen, sie werden auch nicht irgendeine Gelegenheit suchen, die manchmal an den Bearen herbeigezogen ist, um der Organisation wieder den Rücken zu kehren.

Zum Kassenbericht führte Groenhoff ebenfalls eine Reihe von Zahlen an, von denen wir

hier nur einige hervorheben wollen, welche für die Agitation ein gewisses Interesse haben und die zeigen, daß Mutlosigkeit und Klein Glaube nicht am Platze ist und daß die Organisation ihren Mitgliedern auch große Vorteile bietet. An Eintrittsgeldern wurden in den drei Jahren 840,75 Mk. vereinnahmt, an Beiträgen 106 931,80 Mk., und die Gesamteinnahme betrug im Gau 110 134,42 Mk. Demgegenüber steht eine Gesamtausgabe von 109 155,35 Mk. Davon entfallen auf Arbeitslosenunterstützung 11 689,20 Mk., auf Krankenunterstützung 7850,67 Mk., insgesamt auf Unterstüßungen aller Art 24 041,44 Mk.

Groenhoff streifte sodann die stattgefundenen Lohnbewegungen. Leider war es nicht möglich, auch darüber einen Auszug zu machen, welche Vorteile für die Kollegenchaft im Gau dabei herausgekommen sind. Wie groß diese Errungenschaften insgesamt sind, geht aus den Jahresberichten des Verbandes hervor, und der Anteil für den Gau 10 ist keineswegs gering anzusehen. Auch diese Zahlen sollten erfährt werden können, damit sie in der Agitation verwertet werden können. — Vor allen Dingen aber gilt es, in der Agitation nicht zu erlahmen und dabei ganz besonderen Wert auf die Gewinnung der Kollegen zu legen. Ohne deren Mitwirkung wird die Hauptaufgabe des Verbandes, die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, immer schwieriger, ja ganz unmöglich werden. Die Prinzipale wissen wohl, was sie wollen, wenn sie die Arbeiterinnen stets von der Tarifgemeinschaft auszuschließen suchen. Um so mehr muß es die Aufgabe der Kollegen sein, die Mitarbeiterinnen heranzuziehen und sich dabei nicht durch die großen, ja ganz außerordentlich großen Schwierigkeiten, welche in unserem Gau herrschen, abschrecken zu lassen. Je mehr sich der Kapitalismus entwickelt und je mehr er aus Hunger nach billigen Menschenfleisch Arbeiterinnen verwendet, um so mehr werden auch deren Köpfe revolutioniert, und sie werden der Agitation zugänglicher. Als bestes Agitationsmittel empfiehlt sich die Hausagitation, aber diese kann nicht von einzelnen wenigen betrieben werden, sondern wird nur dann Erfolg versprechen, wenn sich große Kollegenkreise an ihr dauernd beteiligen. In diesem Sinne müssen wir unsere Mitglieder erziehen.

Eine Diskussion zum Bericht fand nicht statt. Nur gaben die Kollegen Schang-Kewied und Vehl-Buchum kurze Verhigungen, die sich auf die Mitgliederbewegung der betreffenden Zahlstellen bezogen.

Zu Punkt 2 referiert dann Element-Dortmund, der auf die gefassten Beschlüsse des Verbandstages namentlich soweit eingeht, wie sie vor allem für Gau 10 Interesse haben. Er tritt warm dafür ein, nun auch die Beschlüsse glatt zur Durchführung zu bringen. — In der Diskussion betont

Ernst-Düsseldorf, daß die Nichtwahl Groenhoffs zum Verbandstag bei vielen Mitgliedern im Gau Befremden erregt habe. Er bedauert den hierzu in Erzut gefassten Beschluß, der auch in Stuttgart wieder bestätigt wurde. Die Wahl in Elberfeld habe infolge der vielen Kandidaten eine geringe Stimmenzahl für den Delegierten ergeben. Weiter verlangt er, daß der Gauleiter überall hinkomme und nicht am Ort als Votabeanter stehe. Vor allen Dingen aber müsse der Gauleiter ohne weiteres zum Verbandstag kommen, um dort Rede und Antwort stehen zu können, denn der Verbandsvorstand weise bei jeder Gelegenheit auf Groenhoff als Stellvertreter des Verbandsvorstandes hin. Folgende Resolution legt Ernst dem Gautag vor:

„Der heutige Gautag des Gau 10 protestiert dagegen, daß die Einzelmitglieder zu einem anderen Wahlbezirk bei der Wahl zum Verbandstag gestellt wurden, statt in dem Bezirk, in dem der Gauleiter wohnt. Der Gautag spricht sich dahin aus, daß in Zukunft ein Bezirk des Gau 10 ganz entschieden für die Wahl des Gauleiters einzutreten hat, um die unrühmlichen Eindrücke wie bei der Stuttgarter Verbandstagswahl zu vermeiden.“

Die Diskussion wurde recht lebhaft und ausgedehnt. Es beteiligten sich an derselben wiederholt Ernst, Hermann, Wehberler, Maltrix-Düsseldorf, Dechant, Dregger, Schneider-Köln, Ernst-Dortmund und Kriwitz-Brefeld. Klittenberg-Aachen und Lambrecht-Aachen stellen fest, daß die beschlossene Verdienstfrage, nach der künftig die Beiträge zu leisten sind, keinesfalls für ihre Mitgliedschaft förderlich sei. Tade-Dagen spricht zur Wahl in Elberfeld und zur Vertretung der Mitglieder auf dem Verbandstag. Er empfiehlt einen Modus, wonach in Zukunft der Gau einen Wahlkreis bilden und auf dem Gautag die Normierung der vorzuschlagenden Kandidaten vorgenommen werden soll. Hierauf erläutert Groenhoff die Vorgänge bei der Wahl in Elberfeld und stellt zunächst fest, daß keine persönlichen Differenzen vorgelegen haben, wie manche der Diskussionsredner annehmen scheinen. Er gibt dann einen historischen

Ueberblick, wie sich in unserem Verbands das Angestelltenverhältnis entwickelt hat und welches zum Antrag des Verbandsvorstandes führte, wonach in Zukunft die Bezirksleiter nicht mehr zu berufen, sondern als Delegierte zu wählen seien. Er habe sich ebenso wie die Füge-Geminn gleich gegen diesen Antrag ausgesprochen und auch vorausgesagt, daß es ihm dann fast unmöglich gemacht sei, an den Verbandstagen teilzunehmen. Bei den großen Zahlstellen mit mehreren Delegierten sei das etwas anderes. Dort könne leicht neben den anderen Delegierten auch der Beamte mitgewählt werden. In einer kleineren Zahlstelle aber, die noch nicht mal allein einen Delegierten zu wählen habe, müßte der Beamte schon zurücktreten, damit auch mal ein anderer Kollege die Ehre und die Anregung bekomme, welche ein Verbandstag mit sich bringt. Auch kann man doch seinem Kollegen verwehren zu kandidieren und entscheiden sprach sich Groenhoff dagegen aus, etwa von vornherein festzulegen, daß unter allen Umständen der Beamte gewählt werden muß. Wenn einmal gewählt werden soll, dann auch vollständig frei, sonst sei es eben keine Wahl mehr. Groenhoff brachte zum Ausdruck, daß nach seiner Meinung der Bezirksleiter zum Verbandstag berufen werden muß, nicht als stimmberechtigter Delegierter, sondern weil er in seinem Bezirk der Vertreter des Verbandsvorstandes ist. (Beifall.)

Schaab-Elberfeld berichtet über die Statutenberatungskommission. Die Reduzierung der Kilometerzahl bei der Unzugsunterstützung interessiert unseren Gau mit einigen zahlreichen eng beieinanderliegenden Orten besonders. Die Auszahlung der Krankenunterstützung vom dritten Tage ab sei wegen zu hoher finanzieller Belastung abgelehnt worden. Die Art des Einbringens der Gehaltsvorlage unserer Beamten auf dem Verbandstag habe keinen guten Eindruck gemacht. Die Vorlage zur Versicherung aller Funktionäre gegen Unfälle bei der Agitation sei sehr zu begrüßen.

Ernst-Düsseldorf weist darauf hin, daß auf dem Verbandstag gesagt worden sei, die neuen Bestimmungen des Statuts sollen bei der Einführung loyal gehandhabt werden, so z. B. bei der Verdienstgrenze und Beitragslos. Weiter bedauert er, daß der Antrag auf Verlängerung der Wartezeit bei Arbeitslosigkeit von 26 auf 39 Wochen abgelehnt sei. Er schildert die Erfahrungen mit einzelnen Kollegen, welche stets bei 26 Wochen neuer Beiträge wieder arbeitslos werden und den Gau unsicher machen. Er geht nochmals auf die Wohlangelegenheit ein und empfiehlt die Annahme der Resolution.

Schröder-M. Gladbach tabelt die ideale Wahlkreiseinteilung, wonach M. Gladbach zu Dortmund geschlagen sei, anstatt zu Krefeld oder sonst einer linksrheinischen Zahlstelle. Luß-Rheinisch wünscht, daß die Namen solcher Kollegen, wie sie von Ernst geschildert sind, veröffentlicht werden sollten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Hierauf erfolgt die Annahme der Resolution mit allen gegen eine Stimme.

Punkt 3: „Agitation und Lohnbewegung“ behandelt Groenhoff. In sehr eingehender Weise geht er auf die bisher stattgefundenen Lohnbewegungen ein. Er stellt fest, was bisher erreicht wurde, ebenso weshalb oftmals nicht den Wünschen der beteiligten Kollegen entsprochen werden konnte. Eine Einheitlichkeit unserer Tarife sei infolge der großen örtlichen und beruflichen Verschiedenheiten sehr schwer zu erreichen und wenn auf dem Verbandstage auch das „Gespinn“ des Reichstags an die Wand gemalt sei, so halte er dieses noch für in weiter Ferne liegend. Trotzdem müsse alles versucht werden, um eine größere Einheitlichkeit in der Tarifpolitik herbeizuführen. Unmöglich sei das nicht und Anlässe dazu sind überall vorhanden. Stets müssen die Lohnbewegungen gut vorbereitet werden, dazu ist eine gute Statistik, ein inniges Hand-in-Hand-Arbeiten mit dem Gauleiter und eine rechtzeitige und weitgehende Aufklärung der Werkstattdelegierten und Vertrauensleute über alle bei einer Lohnbewegung in Betracht kommenden Momente erforderlich. Weiter ging der Medner nochmals eingehender auf die Arbeiterinnenfrage ein. Jede Gelegenheit zur Agitation muß benutzt werden. Um der Fluktuation vorzubeugen, ist eine gute Schulung der Mitglieder nötig. Die Kostenfrage spiele keine Rolle, stets habe der Verbandsvorstand in generöser Weise die Kosten für Flugblätter usw., wie sie in den verschiedenen Anträgen zum Gautag gefordert werden, bereitgestellt.

Klittenberg-Barmen fordert zu eifriger Agitation unter den Jugendlichen auf.

Ernst-Düsseldorf und Element-Dortmund befürworten die Anträge ihrer Zahlstellen. Klittenberg-Aachen schildert die Aachener Verhältnisse, welche große Überlegung erfordern und wöhnt man nicht durch zu weitgehende Anträge sich binden lassen könne.

Dreger-Köln und Matritz-Düsseldorf treten für die Anträge ihrer Zahlstellen mit warmen Worten ein, und Groenhoff sprach noch einige kurze Schlussworte.

Folgende Anträge gelangten dann zur Annahme. Düsseldorf: Die Löhne der einzelnen Städte sind nach Art des Buchdrucker-Tarifs mit der Zeit in Einklang zu bringen. Die anzustrebende Tarifgemeinschaft soll in erster Linie auf die Städte ausgedehnt werden, wo schon Tarife bestehen.

Düsseldorf: Der Gauvorstand hat sofort Maßnahmen zu einer allgemeinen Lohnbewegung im Gau 10 für die Orte zu treffen, in denen bisher keine Tarife bestanden und auf Grund der kleinen Zahl Verursachungsmitglieder durch Streiks Erfolge lokaler Natur nicht zu erzielen sind.

Dortmund: Der Gau soll in einheitliche Wirtschaftskreise eingeteilt werden, welche, ähnlich wie Köln-Düsseldorf, bei Lohnbewegungen gemeinschaftlich vorgehen sollen.

Köln: Um die Agitation im Gau 10 mehr zu fördern, sind für die Buchbinder- und Kartonnagenbranche besondere Flugblätter durch den Gauleiter zu schaffen, welche auf die Branchverhältnisse Bezug nehmen.

Nachdem wird unter Punkt 4 folgender Antrag behandelt:

„Der Gautag des Gau 10 ersucht den Vorstand, dem von der Zahlstelle Köln zum Verbandstag gestellten Antrag 144, der die Übertragung des Gau 10 von Elberfeld nach Köln verlangt, unverzüglich stattzugeben.“

Dreger und Dechant-Köln sowie Ernst und Hermann-Düsseldorf begründen recht lebhaft ihren Antrag, während Pcus-Elberfeld und Sundermann-Barmen dagegen sprechen. Der Antrag wird mit 19 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Ein von Duisburg-Muhrort gestellter Antrag wird zurückgezogen, ein von Essen gestellter, daß der Gauvorstand die Adressen der Einzelmitglieder in der Umgegend der Zahlstelle mitteilen soll, dem Gauvorstand überweisen. Ein Antrag Kewwiech, einen Gaubeitrag zu erheben, um dadurch in Zukunft die Gautagskosten zu decken, wird abgelehnt. Angenommen wird der Antrag, daß der nächste Gautag in Bonn stattfinden soll, weiter auch der, daß der Gautag in Zukunft vor dem Verbandstag stattzufinden hat. Der Antrag Bonn: „Alle drei Jahre findet der Gautag am 1. und 2. Pfingsttage statt“ wird abgelehnt.

Unter Punkt 5 kommen Höhr-Hierlohn und Wehberter-Düsseldorf auf die Drüdeberger zu sprechen, die nur eine Erlangung von Unterstützung erstreben. Eine scharfe Kontrolle sei nötig und für alle Zahlstellen dringend geboten. — Ernst-Düsseldorf, Schäfer-Bonn und Schwertner-Essen machen Ausführungen, die sich auf das graphische Kartell und unser Verhältnis zu den Buchdruckern beziehen, während Groenhoff die letzteren gegen einige Vorwürfe in Schutz nimmt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende Schaab dankt in einer Schlussrede allen Anwesenden für ihre fleißige Mitarbeit und ersucht die Delegierten, auch fernerhin stets das Wohl des Verbandes fördern zu wollen. Ein dreimaliges Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband beschloß den Gautag. Otto Dechant.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

- Deutschland: Breslau (Firma M. Kragen u. Co.), Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Heiden), Frankfurt a. M. (Gutsarbeiter), Hanau (Gutsarbeiter).
- Norwegen: Kristiania.
- Serbien: Belgrad.
- Ungarn (vor allem Budapest infolge der dortigen Tarifbewegung).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erkundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

- Deutschland: Bielefeld, Dresden (Prägereiarbeiter und -arbeiterinnen), Osterwieck a. S., Potsdam, Saarbrücken.

- Österreich: Innsbruck, Reichenberg i. Böhmen.
- Schweiz: Chur-Davos (Buchbinder), Luzern (Buchbinder), Langjanne (Buchbinder).

Gidicht i. Th. Kartonnagenarbeiter müssen sich vor Annahme von Arbeit im hiesigen Kartonnagenbetriebe beim Bevollmächtigten in Saalfeld nach den bestehenden Arbeitsverhältnissen erkundigen.

Limbad. Bei der Firma Goldammer in Limbad sind Differenzen ausgebrochen, über deren Ausgang wir noch nicht unterrichtet sind.

Annaberg-Buchholz. Unsere Unternehmer scheinen den jetzigen schlechten Geschäftsgang benutzen zu wollen, um einzelne Tarifbestimmungen aus der Welt zu schaffen, die aufrechtzuerhalten die Arbeiterschaft alle Ursache hat. In der Kartonnagenfabrik von Herold in Buchholz a. W. sollen nach den Bestimmungen des Tarifs kleinere Posten Arbeit — unter drei Dugend — im Stundenlohn vergeben werden. Die Firma versucht jetzt, diese Arbeiten — entgegen den klaren Bestimmungen des Tarifs — im Akkord anfertigen zu lassen. Unsere Kollegenschaft weigert sich, dieser Tarifumgebung ihre Zustimmung zu geben, zumal bei diesen Arbeiten nichts verdient werden kann, da die Akkordsätze nicht für solche kleine Posten berechnet sind und außerdem bei dieser Art Arbeit sehr viel Zeit durch Warten auf Zuschnitt usw. verloren geht. Der Geschäftsgang ist in Buchholz gegenwärtig so schlecht, daß bereits verkürzt gearbeitet werden muß. Unsere Kollegenschaft hat sich trotzdem bereit erklärt, lieber eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf sich zu nehmen, ehe sie die oben bezeichnete Tarifumgebung mitmacht. Die Firma Herold hat dieses Anerbieten resp. dieses Entgegenkommen nicht nur abgelehnt, sondern sogar noch fünf unserer Kollegen gekündigt. Diese Maßnahme ist selbstverständlich nicht geeignet, die Aufregung unserer Kollegenschaft zu beschwichtigen. Viel eher ist das Gegenteil der Fall. Während der Drucklegung dieser Nummer finden Verhandlungen statt, die eine Beilegung des Konflikts bezwecken.

Saarbrücken. Auch die hiesigen Kollegen sind nun in eine Lohnbewegung eingetreten; sie haben in einer sehr stark besuchten Versammlung einstimmig dem von der Ortsverwaltung aufgestellten Lohnantrag zugestimmt und die sofortige Einreichung an die Prinzipale beschlossen. In der Versammlung referierte der Bezirksleiter Weg-Frankfurt a. M. Nach seinen einleitenden Ausführungen über den Deutschen Buchbinderverband im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen besprach er die einzelnen Punkte des Tarifentwurfes. Es sind darin Minimallohne von 21 bis 30 Mk., je nach der Dauer der Berufstätigkeit der Kollegen, für Spezialarbeiter je 3 Mk. mehr, vorgesehen. Die Arbeitszeit soll pro Woche 53 Stunden betragen, ferner wird Feiertagsbezahlung, prozentualer Zuschlag für Leberstunden usw. verlangt. Vergleicht man die statistischen Fragebogen der Kollegen mit den Forderungen, dann ergibt sich keine große Differenz zwischen den seither bestehenden und den jetzt geforderten Löhnen der meisten Kollegen. Es besteht die Hoffnung, daß es uns gelingt, die Einführung des neuen Tarifes, der vom 1. Oktober 1913 bis zum 30. September 1916 gelten soll, ohne neuen Kampf durchzuführen. Mehrschloß seinen Vortrag mit der Mahnung, den einzelnen Unternehmern gegenüber Mut und Charakterstärke zu bewahren, sich nicht durch falsche Versprechungen täuschen zu lassen und sich zu nichts ohne Zustimmung der Ortsverwaltung zu verpflichten. Reichler Weisall lobte den Redner für seine klaren und interessanten Ausführungen.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich eine große Zahl Kollegen, die sich alle zustimmend äußerten. Der anwesende Vertreter des Vorstandes des Gewerkschaftsverbands sprach seine Sympathie für unsere Bewegung aus und wünschte uns den besten Erfolg zu unserer berechtigten Bewegung. Er fand die Forderungen nicht zu hoch, da Saarbrücken nachweislich eine der teuersten Städte Deutschlands ist. Der von der Ortsverwaltung ausgearbeitete Entwurf wurde hierauf einstimmig angenommen. Derselbe soll sofort an die Prinzipale eingereicht und Antwort bis 16. September erbeten werden. An diesem Tage findet wieder eine Versammlung statt, die das Weitere beschließen wird. Mit einem be-

geistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband erreichte die imposant verlaufene Versammlung ihr Ende.

München. Die im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarife wurden von unserer Seite am 1. Juli mit dem Hinweis getündigt, daß die Arbeiterschaft auch fernerhin gewillt sei, mit den Unternehmern in einem tariflichen Verhältnis zu stehen.

Eine jetzt stattgefundene Mitgliederversammlung nahm nun Stellung zu den neuen Forderungen. Faust erörterte dieselben im einzelnen und ging an der Hand der aufgenommenen Statistik auf die Lohnverhältnisse am Ort näher ein. Die Aufbesserungen während der Tariddauer seien gleich Null trotz der enormen Steigerung aller Lebensmittelpreise. Wo eine Erhöhung zu verzeichnen sei, liege das im Tarif begründet. Was jetzt gefordert werde, sei das Minimalste, was der Selbsterhaltungstrieb verlange. Einhellig wurde der Vorlage Zustimmung erteilt und beschloffen, die Vorlage bis zum 1. September an die Unternehmer gelangen zu lassen. Binner forderte zum Schluß noch auf, die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen reiflos dem Verbandsbezug zuzuführen.

Krefeld. Zu der am 31. August stattgefundenen öffentlichen Versammlung nahm die hiesige Buchbinderarbeiterschaft den Bericht der Lohnkommission entgegen. Bezirksleiter Groenhoff-Elberfeld referierte. Er betonte, daß der jetzt vor uns liegende Tarifentwurf nach jeder Hinsicht gut durchgearbeitet worden sei. Die Kommission habe versucht, die einzelnen Positionen so zu gestalten, daß jeder Einzige dem Tarif seine volle Zustimmung geben könne. Er ersucht die Kollegen, nun für die Sache ihr Ganzes einzusetzen, um in letzter Stunde die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Auch hofft er, daß der Tarifentwurf bei den Arbeitgebern Anklang finden werde und wir in friedlicher Weise die Tarifgemeinschaft fördern können. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erläuterte er kurz die jetzigen Forderungen und ersuchte um die Zustimmung der Anwesenden zu dem Entwurf.

In der Diskussion wurden noch einige Wünsche zur Sprache gebracht, die dem Entwurf unbedingt eingefügt werden müssen. Vauer besprach die Situation am Ort und kam dann auf die Krefelder Tagung der Rheinischen Buchbinder und Kartonnagenfabrikanten zu sprechen. In derselben haben sich die Herren hauptsächlich mit der Tariffrage beschäftigt. Hierbei verzeigten sich die Krefelder Herren Höchler und Schaefer auf den kleinlichsten Standpunkt, indem sie behaupteten, daß die Löhne für Krefeld hoch genug seien. Im Anschluß hieran wurde der Tarifentwurf mit einigen kleinen Änderungen angenommen.

Unter „Beschwiebened“ wurde auf die Absicht einiger Arbeitgeber hingewiesen, Reberje über vierteljährliche Kündigung zur Unterschrift vorzulegen. Dieser Mobus scheint sich in letzter Zeit wieder als „Mittel zum Zweck“ einbürgern zu wollen. Einige Kollegen, denen dieses Anfinnen gestellt wurde, lehnten es rundweg ab. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß die Arbeitgeber nach Erfak suchen, um mit anderen Worten ihr Vorhaben zu vollführen. Vor Arbeitsannahme in solchen Betrieben wurden die Kollegen gewarnt und ihnen geraten, auch fernerhin ein solches Verlangen abzulehnen.

Ein wahres Eldorado ist die Werkstufe von Desvotines. Für die Einhaltung des Tarifes scheint dort wenig Verständnis vorhanden zu sein, denn dort besteht noch eine Arbeitszeit aus der Zeit des Juniwessens. Pausen werden überhaupt nicht eingehalten. Sogar Lehrlinge unter 16 Jahren müssen ihre Pausen quittieren und bis spät abends tätig sein. Hier wäre es angebracht, wenn die Gewerbeinspektion einmal nach dem Rechten sähe und den jugendlichen Arbeitern zu ihren gesetzlichen Ruhepausen verhülfe. — Zum Schluß wurde auf die in kurzer Zeit stattfindende Auszubijahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse hingewiesen. Hierzu machte Groenhoff einige Ausführungen über die neue Reichsversicherungsordnung sowie über die Wahltechnik und die Proportionalwahl. Er ersuchte die Kollegen dringend, ihre Pflicht und Schuldigkeit am Wahltag zu tun. Mit einem Hoch auf einen friedlichen Tarifabschluß und den Deutschen Buchbinderverband wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Mährische. Am 23. August fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Die soziale Lage der arbeitenden Mädchen und Frauen“. Als Referentin war die Kollegin Arzmin-Berlin erschienen. In ihren vorzüglichen Ausführungen wies sie auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse hin, unter denen die weibliche Arbeiterschaft im Dienste des Kapitals fronden muß. Hierzu kommt oft noch unsittliche und rohe Behandlung, der die Arbeiterin in weit höherem Maße ausgesetzt ist als ihre Arbeitskollegen. Oft genug

werden die Frauen und Töchter von ihren Eltern oder Männern von der Organisation ferngehalten, leider auch häufig noch von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Mednerin streifte insbesondere den trafen Mischschub, der zwischen den hier üblichen Lohnverhältnissen und denen anderer Städte herrscht. Die Ausführungen der Kollegin Krzymin wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An der Debatte, die hierauf folgte, beteiligten sich leider keine in der Papierwareindustrie Beschäftigten. Hat doch die Firma Betschorn ihr möglichstes getan, die Arbeiterinnen einzuschüchtern und sie läßt den größten Terrorismus aus, indem sie das den Arbeitern gesetzlich zuerkannte Koalitionsrecht dadurch bedroht, daß sie den Arbeitern und Arbeiterinnen verbietet, Versammlungen des Verbandes zu besuchen oder dem Verbands als Mitglied anzugehören. Bei den erbärmlichen Löhnen mag die Firma auch noch, der Arbeiterschaft Vorschriften zu machen, wie sie sich kleiden soll. So dürfen in der Fabrik Zinnoxyde nicht getragen werden. Einige Spitzel machten sich bemerkbar, die auspäunieren wollten, wer die Versammlung besucht. Leider finden sich immer noch Arbeiter, die für einen Judaslohn bereit sind, ihre eigenen Arbeitsbrüder und -schwestern und sich selbst zu verraten. In ihrem Schlusswort forderte die Kollegin Krzymin die Anwesenden auf, das Gehörte zu beherzigen und unablässig für ihre Organisation agitatorisch tätig zu sein, damit die Mißstände beseitigt werden und sie sich eine menschenwürdige Existenz erringen können.

Chemnitz. Die am 30. August tagende Versammlung ehrte das Andenken des verstorbenen Genossen Rebel in der üblichen Weise. Hierauf hörte die Kollegenschaft einen Vortrag des Genossen Erich Kuttner: „Gibt es eine Klassenjustiz?“. An der Hand vieler Beispiele der Spruchpraxis der Justizbehörden geißelte der Redner die heutige „Rechtspflege“, die ihre Spitze gegen die Arbeiterorganisationen richtet.

In der Diskussion sprach Neubert über die Verfallformung der deutschen Sprache durch die Juristen. Schreier forderte die Anwesenden auf, den kommenden Krankenkassenwahlen die vollste Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Er ersuchte dringend, daß jeder Kollege und jede Kollegin zur Vertreterwahl gehe. Weiter kamen auch die am 1. Oktober in Kraft tretenden tariflichen Lohn-erhöhungen zur Sprache. Augencheinlich gibt es immer noch einen Teil der Kollegenschaft, der sich in selbstgefälliger Zufriedenheit einläßt, in dem guten Glauben, das Chemnitzer Unternehmertum werde die tariflichen Jugendlöhne ohne weiteres gewähren. Eine am 21. September stattfindende öffentliche Versammlung soll sich damit befassen und der Kollegenschaft Gelegenheit geben, von den Unternehmern rückhaltlose Anerkennung ihrer Forderungen zu verlangen. Deshalb sollten es sich alle zur Pflicht machen, am 23. September für ein volles Haus zu sorgen.

Die vorgenommene Neuwahl des Gauvorsitzandes ergab die Wahl der Kollegen Schreier und Mai. Die Erledigung einiger Nebensachen bildete den Schluß der Versammlung.

Erlangen. Unsere Mitgliederversammlung vom 30. August hatte ein Referat über „Die Volksfürsorge“ entgegenzunehmen. Der Referent, Genosse Hofmann, behandelte in einträuglicher Rede die Vorteile der „Volksfürsorge“ gegenüber den privaten Versicherungsgeellschaften. Der Bevollmächtigte Drechsler unterstrich die Ausführungen des Referenten und forderte die Anwesenden auf, tatkräftig für die „Volksfürsorge“ zu agitieren.

Bei dem Punkte „Auswahlwahlen zur Ortskrankenkasse“ ersuchte der Bevollmächtigte die Kollegen, am Wahltag — Freitag, den 26. September — vollständig zur Wahl zu gehen. Die Kollegen sollen aber auch bei den Kolleginnen agitieren, denn es ist hier das erste Mal, daß die Kolleginnen (über 21 Jahre) zur Wahl zugelassen werden. — Den Kartellbericht erstattete Ribet. Einem langjährigen invaliden Kollegen wurden aus der Lokalkasse 10 M. bewilligt.

Offenbach. Mit den Praktiken einzelner Unternehmer beschäftigte sich die gut besuchte Versammlung am 1. September. Der Referent Wels bemerkte einleitend, daß es viel leichter sei, Tarife abzuschließen, als solche einzuhalten, weil die Unternehmer immer wieder versuchen, den Tarif zu ihren Gunsten auszuweichen oder zu umgehen. Das zeige sich auch in Offenbach besonders in der Frage der Feiertagsbezahlung, in der vom Vorsitzenden der Unternehmer der eigenartige Grundatz aufgestellt worden ist, daß einem Arbeiter, der sich für den dritten Feiertag vorher entschuldigt, weil er verreisen will, auch die Feiertage nicht bezahlt zu werden brauchen. Wenn das Praxis werden sollte, könnten sich die Unternehmer nur wünschen, daß alle Arbeiter verreisen,

die Unternehmer würden ohne weiteres freigeben, weil sie ja ein feines Geschäft dabei machten. Weil ein Kollege das in der letzten Tarifkommissions-sitzung mit dem richtigen Namen als Fennigsucherei bezeichnet, geriet der Vorsitzende in Panik, schloß vorzeitig die Sitzung und will den betreffenden Kollegen nicht mehr als Kommissionsmitglied anerkennen. Wegen ein derartiges Verfahren muß entschieden Protest eingelegt werden. Im Tarife heißt es ausdrücklich: „Die Wahl (der Kommission) haben die Vorsitzenden der Parteien zu veranlassen.“ Infolgedessen müssen die Arbeitgeber das uns schon selbst überlassen. Es könne höchstens von einer Partei eine andere Bezeichnung verlangt werden, wenn sich ein Mitglied tarifliche Vorteile zuschulden kommen läßt. Das letztere komme jedenfalls mehr bei den Unternehmern vor, trotz der Bestimmung: „Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben für die Einhaltung und Durchführung der getroffenen Abmachungen besorgt zu sein.“ Die Bestimmung über den Arbeitsnachweis lautet z. B.: „Bei Bedarf von Arbeitskräften ist der Arbeitsnachweis des Deutschen Buchbinderverbandes, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 57, tunklich zu berücksichtigen.“ Bis jetzt haben sich aber nur vier Unternehmer verpflichtet gefühlt, den Nachweis zu bringen, während Herr Georg, obwohl er zuerst und mit großer Wichtigkeit seine Zustimmung gab, nicht ein einziges Mal den Nachweis bemühte, trotzdem er dauernd auf der Gehilfenliste ist und er wohl mehr Gehilfen braucht als alle anderen Firmen zusammen. Das findet seine Erklärung in der großen Kreisdrückerei, die natürlich eine große Antreiberei zur Folge hat. Fortgesetzt kommen Klagen über schlechte Behandlung. Dabei hat die Firma viel städtische Arbeiten. Tritt nicht bald Besserung ein, so werden wir weitere Schritte unternehmen müssen. Ebenfalls läßt Herr Georg Heimarbeit zu Schundpreisen anfertigen. Zu allem kommt noch hinzu, daß er sich jetzt noch als Feind des Koalitionsrechts entpuppt, indem er einer Arbeiterin erklärte, daß er es lieber sehe, wenn sie nicht in Verband sei. Das Ansehen dieses Kommissionsmitgliedes war in Arbeiterkreisen nie sehr groß, weil es schon immer versucht hat, tariflichen Abmachungen ein Schnippchen zu schlagen und aus den Arbeitern möglichst viel herauszuholen. Es ist deshalb notwendig, daß wir mehr denn je auf dem Posten sind, wenn nicht der ganze Tarif in Gefahr kommen soll. In der Diskussion wurden noch Einzelheiten bekanntgegeben und das ganze durch Erfahrungen bestätigt. Zum zweiten Punkt referierte Wels über die Beitrags- und Statutenänderung zum 1. Oktober.

Bonn. Der Geschäftsbüchereifabrikant Cassmer wurde am 2. September vom Schöffengericht zu 3 M. Geldstrafe verurteilt, weil er eine fünfzehnjährige Arbeiterin fünf Wochen hindurch länger als zehn Stunden und über 1½ Uhr abends hinaus beschäftigt hat, und zwar im ganzen 11½ Stunden täglich. Ferner erhielt er je 3 M. Strafe, weil er dem Mädchen vormittags und nachmittags keine Pause gewährt und eine Formvorschrift übertreten hatte. Für die 45 Stunden Ueberarbeit, während der er das Mädchen dem Gesetze zuwider beschäftigt hat, zahlte Herr Cassmer einen Stundenlohn von 21 Pf. Von den 3 M. Strafe entfallen auf jede dieser Stunden ganze 64 Pf. Herr Cassmer kann aufreihen sein, er weiß, daß der Profit, den er aus der gesetzwidrigen Arbeit des Mädchens gezogen hat, diesen Betrag ganz wesentlich übersteigt. Er wird also den Gerichtsfall mit dem Bewußtsein verlassen haben, daß er besser rechnen kann als das königliche Schöffengericht; da er nach den Feststellungen des Vorsitzenden schon früher zwei ähnliche Strafen erlitten hat, gehört er zweifellos zu den wenigen Menschen, die das Vertrauen zu unserer Justiz so leicht nicht verlieren werden.

Frankfurt a. M. Wiederholt sind zugereiste Kollegen bei der Firma A. Such in Arbeit getreten, ohne vorher Erkundigung auf dem Bureau einzugehen. Da es dort wegen chronischem Geldmangel an der pünktlichen Lohnzahlung fehlt — meist gibt es Abschlagszahlung — und den Arbeitern die Beiträge zur Krankenkasse abgezogen werden, ohne daß die Anmeldung bei der Kasse erfolgt, ersuchen wir, Arbeitsangebote strikte abzulehnen.

Gau 3. Greifswald, genannt die Perle der Ostsee! Leider können wir dies in bezug auf unsern Beruf nicht sagen, denn traurige Verhältnisse herrschen dort vor. Es befinden sich am Plage 3 Buchdruckerien und 8 Buchbinderien, in denen insgesamt 13 Gehilfen beschäftigt werden. Leider ist von diesen nur einer organisiert; doch anerkennenswert ist es, daß sich noch ein Kollege am Ort befindet, der nicht mehr seinem Beruf nachgeht, aber trotzdem der Organisation treu bleibt. Um nun auch die indifferenten Kollegen für unsere Sache zu gewinnen, hat es sich unser dortiges Mitglied zur Aufgabe gemacht, unter diesen zu agitieren. Am

6. September war der Gau Bevollmächtigte Lejeune in Greifswald, um ebenfalls in dieser Richtung tätig zu sein. Erfreulicherweise konnten zwei Aufnahmen gemacht werden. Wengleich auch ein Kollege ihm die Tür wies, so muß doch anerkannt werden, daß der größte Teil der Greifswalder Kollegen unseren Bestrebungen sympathisch gegenübersteht, so daß weitere Aufnahmen möglich sein werden. Das ist auch sehr notwendig, denn die jetzigen Verhältnisse lassen noch sehr viel zu wünschen übrig.

Rundschau.

Der Verband deutscher Ortskrankenkassen, der fast fünf Millionen Versicherte umfaßt, hielt seine diesjährige Hauptversammlung vom 17.—29. August in Breslau unter der Teilnahme von über 800 Vertretern ab. Der Kongreß hatte eine sehr umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, von der wir nur das wichtigste erwähnen. Das größte Interesse verdient der Punkt: „Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten“. Es ist bekannt, daß der Leipziger Ärzteverband seine Mitglieder aufgefordert hat, die Verträge mit den Krankenkassen zu kündigen. Er erstrebt die allgemeine Einführung der freien Arztwahl und hat bezüglich der Honorierung Forderungen aufgestellt, die von den Krankenkassen nur schwer zu erfüllen sind. Der Referent Fröhlich-Dresden erklärte, die Forderungen der Ärzte seien für die Krankenkassen unannehmbar. Wenn man diesen Forderungen nachgeben würde, reiche das Vermögen nicht aus. Die Krankenkassen seien für den Frieden, dränge der Leipziger Verband ihnen jedoch den Kampf auf, dann soll er mit allem Nachdruck durchgeführt werden.

Ueber: „Neue Gegner der Sozialversicherung“ hielt Zentralarbeitsrat Dr. Wissell-Berlin einen interessanten Vortrag. Unter Zustimmung der Versammlung rechnete er gründlich mit dem rühmlichst bekannten Professor Bernhard-Berlin ab. Dessen Buch „Unerwünschte Folgen der Sozialpolitik“ sei ein Machwerk schlimmster Art. Bernhards Behauptungen wären der Wahrheit widersprechend. Die Hege gegen die Sozialversicherung sei, gegen alle Organe gerichtet, die den Ausbau der Sozialpolitik wünschten. Darum müßten auch die Krankenkassen ihre Stimme erheben und gegen die Ansichten Bernhards protestieren. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß zu den Leuten, die die fortschreitende Entwicklung der Sozialpolitik zu hemmen suchten, auch die Ärzte gehören, die im Leipziger Verband organisiert seien.

Das „Vereinigungs- und Versammlungsrecht der Krankenkassen“ behandelte Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal. Er verlangte volle Koalitionsfreiheit für die Kassen, deren Vertreter auch auf Kosten der Kasse zusammenkommen könnten. Die Behörden sollten die vielfach kleinlichen und aus politischen Vorurteilen entspringenden Hemmungen der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit einstellen, sie sollten auch gegenüber den unteren Verbänden neutral bleiben und die Verwendung von Kassennitteln für die Zwecke des Zusammenstehens nicht verbieten. Der Kongreß beschloß, den Vorstand zu beauftragen, durch Eingaben an das Reichsamt des Innern und alle Bundesregierungen die Auf-fassung zu vertreten, daß die Abordnung von Vertretern der Krankenkassen zu Versammlungen der Massenvereinigungen, deren Mitglieder sie sind, nicht dem Verordnungsrecht der obersten Verwaltungsbehörden unterstellt ist.

Am letzten Verhandlungstage beschäftigte sich der Kongreß mit dem Verhältnis der Ortskrankenkassen zu den Hilfskassen, den Beziehungen der Krankenkassen zu den Kurbädern und dem Verhältnis der Kassen zu den Berufs-gesellschaften. Wegen letztere wurde der Vorwurf erhoben, daß sie sich auf Kosten der Kassen bereichern, indem sie bei schweren Unfällen das Heilverfahren nicht übernehmen.

Die Gewerkschafts-farische Bayerns hielten vom 30. August bis 1. September eine Konferenz in Würzburg ab. Infolge der außerordentlichen Bedeutung der Tagesordnung war die Teilnahme besonders rege. Zur Debatte standen die Wahlen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. Die „Volksfürsorge“ und ihre Bedeutung für die Arbeiter, die Arbeitslosenversicherung in Bayern und anderes mehr. Das erste Referat über: „Die Wahlen für die Arbeiterversicherung“ hatte Wissell-Berlin übernommen. Dieser schilderte den Aufbau der Wahlen selbst, erläuterte dann die erhöhte Bedeutung der Oberversicherungsämter, die nach der Reichsversicherungsordnung nunmehr in einer großen Zahl von Unfällen endgültig entscheiden, die bisher vor das Reichsversicherungsamt gebracht werden konnten. Die ganze Frage habe die Generalkommission für so wichtig gehalten, daß sie er-

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingetragene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 2. Quartals 1913.

Einnahmen		Ausgaben	
An Ueberschüssen gingen ein:		An Zuschüssen nach:	
Annaberg	200	Altenburg	120
Altona	100	Bürgel	150
Berlin	1400	Bergan	200
Bremen	300	Breslau	200
Braunschweig	100	Brieg	100
Buchholz	100	Dülmen	100
Dielefeld	200	Dortmund	250
Bischofsheim	100	Ehlingen	160
Dresden	500	Fechenheim	500
Düsseldorf	100	Grünstadt	200
Erlangen	300	Hilbesheim	125
Erfurt	100	Hierlohn	50
Freiburg	200	Kirchheimbolanden	150
Gotha	100	Kevelaer	400
Grünstadt	50	Leipzig	3000
Hausen	350	Mainz	100
Hierlohn	80	W.-Glabach	675
Hügesheim	100	Neutlingen	100
Karlsruhe	200	Regensburg	200
Klein-Steinheim	130	Stuttgart	1000
Konstanz	150		
Lahr	200	Für Krankenunterstütz. an Mitgl.	
Mühlheim	100	1. Klasse nach § 10 Abs 2	145
Obertshausen	200	3. " " " " " 2	654
Rumpenheim	200	1. " " " " " 1	274
Sehna	100	3. " " " " " 1	68
Schleiz	150	" ärztliche Behandlung	323 65
Ulm	50	" Arznei	84 53
Witzsburg	250	" Brillen	4 50
Zeitz	60	" Druckbänder	3 50
An Zinsen der Hypotheken	1190	" Heilmittel	36
der Wertpapiere	2453	" Porto des Vorstehenden	100 10
Winder-Kurs bei Kauf von		des Kassierers	75 86
Wertpapieren	222 45	" Schreibmaterial	18 45
Strafen	2	" Verschiedenes	90 69
Steuerresten	5	" Beiträge in der Sattler- und	
Steuern I. Klasse	431	Portefeuille-Zeitung im 2.	
II. " "	283 05	Quartal 1913	105
III. " "	1288 80	" diverse Drucksachen	41
Ertrafsteuern	35 10	" Revision d. Jahresberichts 1912	10
		" Entschädigung der Revisoren	8
		bei Abrechnung des 1. Qu. 1913	725
		Gehalt des Vorstehenden	625
		" des Kassierers	15
		" des Schriftführers	
		der Beisitzer und des	
		stellvert. Vorstehenden	75
		" Aushilfe im Kassabureau	706 65
		" Beitrag zur Unterstützungs-	
		Vereinigung	18
		" Beitrag zur Inv.-Versicherung	13 44
		" Mietzins pro 2. Quartal	139 88
Summa	12080 40	Summa	12129 75
Kassenbestand nach Abrechnung des			
1. Quartals 1913	307637 55		
Summa	319717 95		

An Krankengeld wurde ausgezahlt:	Medizin und ärztliche Behandlung		Vorhandene Fonds	
	RM.	ℳ.	RM.	ℳ.
Aachen	276	25	21	20
Altenburg	32	—	—	—
Annaberg	194	50	15	05
Augsburg	166	50	—	—
Altona (Elbe)	130	—	22	—
Barmen	343	85	10	55
Berlin	6725	10	664	44
Bremen	153	35	92	08
Bonn	345	45	11	15
Biebr	1460	80	7	57
Bürgel	975	—	9	12
Bergan	649	70	205	86
Braunschweig	28	40	50	90
Buchholz	98	—	37	10
Breslau	391	50	15	07
Dielefeld	120	80	2	50
Brieg	273	—	14	95
Bischofsheim	156	25	26	70
Chemnitz	393	—	2	—
Cassel	144	25	1	75
Dresden	1347	—	53	48
Dülmen	337	75	—	—
Dortmund	352	—	11	37
Düsseldorf	162	50	66	—
Dielefeld	356	75	5	57
Erlangen	209	30	—	—
Effen (Aubr)	160	50	—	—
Ehlingen	222	50	5	80
Erfurt	48	—	—	—
Frankfurt a. M.	958	35	81	23
Freiburg i. S.	232	50	22	81
Freiburg i. B.	312	40	28	98
Fechenheim	1407	50	60	25
Hierlohn	414	—	40	40
Hera	149	—	30	—
Gotha	130	—	7	50
Grünstadt	358	05	10	59
Hamburg	937	75	110	75
Hannover	1795	75	117	—
Halle	650	95	7	34
Heusenstamm	57	—	8	80
Hilbesheim	175	50	—	—
Hausen	316	—	—	—
Hagen	154	—	10	23
Heilbronn	239	—	—	—
Hannau	278	55	5	50
Hierlohn	92	—	—	—
Hügesheim	130	50	2	61
Köln	210	97	22	14
Kirchheimbolanden	235	50	18	85
Kevelaer	890	—	58	—
Karlsruhe	88	—	—	—
Kandel	70	—	—	—
Klein-Steinheim	67	50	10	50
Konstanz	52	—	6	—
Leipzig	13081	10	330	63
Lahr	486	40	6	37
Lübeck	20	—	—	—
München	1101	65	130	50
Mainz	342	75	33	50
Mannheim	836	80	1	—
Magdeburg	301	—	67	66
W.-Glabach	873	75	4	50
Mühlheim a. M.	620	75	9	70
Mürnberg	1466	50	54	13
Neu-Bluppin	16	50	17	78
Neu-Yenburg	127	—	7	15
Offenbach	4563	10	263	54
Obertshausen	841	75	16	50
Ofraheim	50	—	23	70
Neutlingen	371	70	23	75
Regensburg	649	15	—	—
Rumpenheim	209	25	78	69
Rembrüden	49	50	11	54
Sehna	64	—	27	75
Solingen	58	25	—	—
Stuttgart	3186	—	32	80
Stettin	188	75	59	30
Schleiz	168	—	—	—
Ulm	14	—	11	55
Wiesbaden	12	—	6	90
Witzsburg	76	50	—	—
Zeitz	10	—	—	—
Summa	58162	92	3279	13

* In dieser Gesamtsumme ist das Beerdigungsgeld mit enthalten.
An Beerdigungsgeld wurde ausgezahlt:
 Altenburg . . . 110,— Kevelaer . . . 150,—
 Barmen . . . 80,— Leipzig . . . 400,—
 Berlin . . . 310,— Lahr . . . 90,—
 Düsseldorf . . . 90,— München . . . 140,—
 Frankfurt a. M. . . 100,— Offenbach a. M. . . 60,—
 Hamburg . . . 110,— Stuttgart . . . 180,—

Schluss:

Einnahme	819 717,95 RM.
Ausgabe	12 129,75
Kassenbestand	807 588,20 RM.

Für die Richtigkeit:

Leipzig, den 5. September 1913.

Die Revisoren:

D. Kreyßmar. H. Schröter.

Der Kassierer:

H. Stäbter.